



Nordrhein-westfälischer Landtag empfing gewählten Mufti von Xanthi Ahmet Mete

Nordrhein-westfälischer
Landtag empfing gewählten
Mufti von Xanthi Ahmet Mete

Am Sonntag, den 7. Januar besuchte eine Delegation bestehend aus dem Vorsitzenden der ‚Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa‘ (ABTTF) Halit Habipoğlu, seinem Stellvertreter Sami Yusuf und dem von seiner Gemeinde gewählten Mufti von Komotini Ahmet Mete den nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf. Ahmet Mete hielt sich in Deutschland auf, um an Aktionen für Westthrakien teilzunehmen. Im Landtag wurden die Besucher vom Vizepräsidenten des Landtags Oliver Keymis empfangen. Der Besuch und der Empfang werden als Zeichen dafür angesehen, dass Deutschland den gewählten Mufti als legitimen Vertreter anerkennt. Denn in Deutschland können Landesparlamente ohne Genehmigung der Bundesregierung keine außenpolitischen Gespräche und Aktionen unternehmen.

Mufti Ahmet Mete berichtete bei dem Gespräch im Düsseldorfer Landtag ausführlich von den Problemen, mit denen die türkische Minderheit in Westthrakien konfrontiert ist, insbesondere im Zusammenhang mit den Muftiämtern, den muslimischen Stiftungen und dem Bildungswesen, sowie von Verletzungen der Rechte der Minderheit.



Landtagsvizepräsident Keymis erklärte, er verurteile, auch im Namen seiner Partei, in aller Schärfe die Rechtsverstöße, denen die türkische Minderheit in Griechenland ausgesetzt ist. „Meine Partei ‚Die Grünen‘ tritt dafür ein, dass die Grundrechte und Grundfreiheiten in ganz Europa uneingeschränkt gelten und Menschenrechtsverletzungen beendet werden. Daher können die Beschneidung der religiösen Freiheiten und die Verletzung der Grundrechte der türkischen Minderheit in Westthrakien in keiner Weise akzeptiert werden. Griechenland muss diese Rechtsbrüche sofort beenden,“ erklärte Keymis.

Der Besuch ist ein Zeichen

dafür, dass Deutschland den
gewählten Mufti anerkennt

Die Vertreter der ABTTF unterrichteten Landtagsvizepräsident Keymis auch über die Aktivitäten der ABTTF und erklärten, man beabsichtige, die Kultur der Westthrakien-Türken in Deutschland noch aktiver vorzustellen. Dazu hoffe man auf Unterstützung durch den Landtag. Keymis erklärte, er werde sich dafür einsetzen, dass die ABTTF und lokale westthrakien-türkische Vereine an kulturellen Veranstaltungen der Region teilnehmen können. Er sagte, die Kultur der Westthrakien-Türken müsse in Europa noch besser bekannt werden, denn nur auf diese Weise könne den Europäern

INHALT

Der Mufti von Komotini nahm an einer Religionskonferenz in Deutschland teil Seite 2

Erdgaspipeline Türkei-Griechenland Eröffnet Seite 3

Türkischen Außenministers Ali Babacan in Griechenland Seite 4

Jüngster Bericht des UN-Menschenrechtsrats veröffentlicht Seite 5

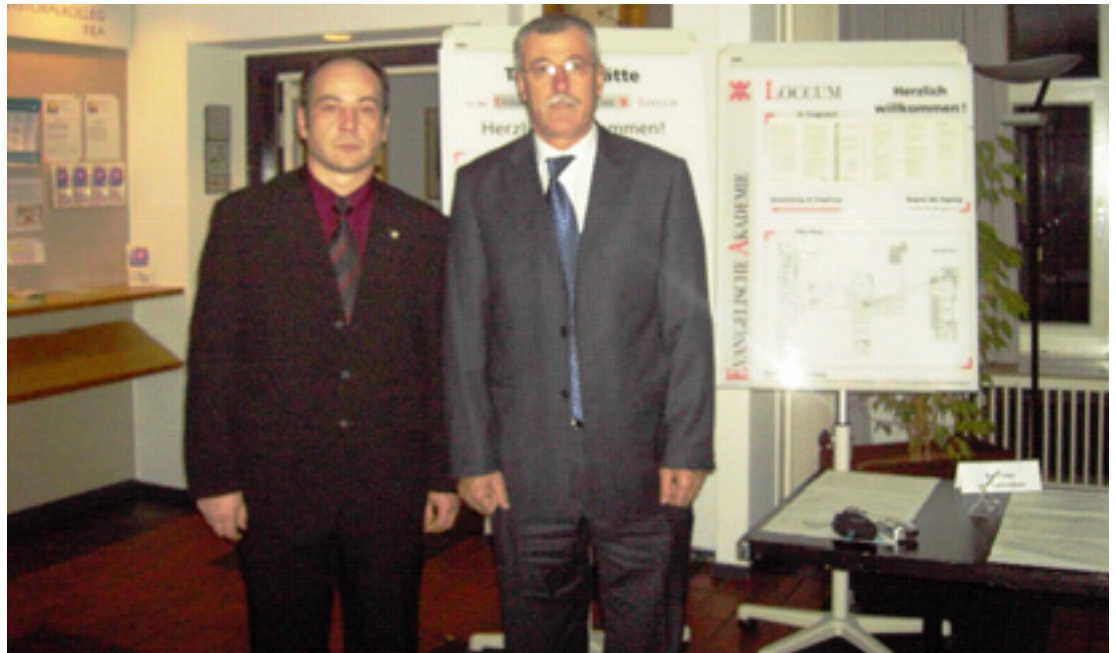
Widersprüchliche Menschenrechtspositionen griechischer Politiker ... Seite 7

Hochwasser in Westthrakien Seite 8

Der Mufti von Komotini İbrahim Şerif nahm an einer Religionskonferenz in Deutschland teil

die Westthrakien-Problematik eingehend und nachhaltig vermittelt werden. Der Landtag werde die ABTTF und die Vereine der Westthrakien-Türken unterstützen. Dazu erklärte der ABTTF-Vorsitzende Halit Habipoğlu, auf regionaler Ebene werde die ABTTF mehr Gewicht auf kulturelle Aktivitäten legen, um den Westthrakien-Türken zu einer aktiveren Rolle im gesellschaftlichen Leben und zu mehr Präsenz in der deutschen Öffentlichkeit zu verhelfen.

Nach dem Gespräch, das in sehr netter Atmosphäre stattfand, wertete Habipoğlu in einer Presseerklärung den Besuch im Landtag als äußerst wichtig und nützlich. Besonders wichtig sei die Tatsache, dass der gewählte Mufti im nordrhein-westfälischen Landtag empfangen wurde und dass der Landtagsvizepräsident selbst mit ihm sprach: „Dies ist ein Zeichen dafür, dass Deutschland den vom Volk gewählten Mufti als legitimen Vertreter anerkennt. Angesichts dessen muss Griechenland endlich darauf verzichten, unsere religiösen Freiheiten einzuschränken und muss den gewählten Mufti anerkennen,“ so Habipoğlu. „Mit der Unterstützung des Landtags werden wir uns jetzt noch intensiver darum kümmern, Westthrakien und seine Kultur der deutschen Öffentlichkeit vorstellen. Dies wird den Westthrakien-Türken in Deutschland mehr Gewicht verleihen und sie stärker ins soziale Leben einbinden.“ Im Anschluss an den Gesprächstermin besichtigte die Delegation noch den Landtag und informierte sich über seine Arbeitsweise.



Der Mufti von Komotini İbrahim Şerif nahm gemeinsam mit dem Generalsekretär der ‚Föderation der Westthrakien-Türken in Europa‘ (ABTTF) Özkan Reşit an einer vom 16.-18. November in der Evangelischen Akademie Loccum bei Hannover organisierten Konferenz teil, auf der es um Sufismus und interreligiösen Dialog ging. Zuvor hatte Mufti İbrahim Şerif am Freitagsgebet der Türken in Hannover teilgenommen, um anschließend mit dem ABTTF-Generalsekretär und anderen Amtsträgern zur Konferenz zu fahren. Schwerpunktthema des ersten Tages war der Sufismus: Die Vorträge Prof. Dr. Süleyman Uludağ von der Uludağ-Universität Bursa, Prof. Dr. Peter Zimmerling von der Universität Leipzig und Prof. Dr. Stefan Stelzer von der American University of Cairo informierten die Teilnehmer ausführlich über Mystik und islamischen Sufismus. Am Abend trafen sich Mufti İbrahim Şerif und ABTTF-Generalsekretär Özkan Reşit

mit Entscheidungsträgern der Region und informierten sie über die Situation der türkischen Minderheit in Westthrakien.

Diskussion über interreligiösen Dialog

Thema des zweiten Konferenztags war der interreligiöse Dialog. Vortragende hier zu waren Prof. Dr. Katja Boehme von der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg, Prof. Dr. Otto Langer von der Universität Bielefeld, Prof. Dr. Homayoun Hemmati von der Universität Teheran sowie Prof. Dr. Bünyamin Duran von der Islamischen Universität Rotterdam. In den Vorträgen kam zum Ausdruck, dass eine der Grundvoraussetzungen für ein friedliches und vertrauensvolles Zusammenleben in der Welt die Religionsfreiheit ist. Daher müssten Einschränkungen der religiösen Freiheiten, wo sie bestehen, beseitigt werden, um den Menschen innere Ruhe und gesellschaftlichen Frieden zu

gewährleisten. Im Anschluss an die Konferenz sprach ABTTF-Generalsekretär Özkan Reşit mit Prof. Dr. Katja Boehme von der Katholischen Akademie Freiburg und brachte die in Westthrakien bestehenden Einschränkungen der religiösen Freiheiten zur Sprache. Frau Prof. Dr. Boehme erklärte, ihr sei das Thema bekannt und für sie als Theologin seien die Repressionen Griechenlands gegen die muslimische türkische Minderheit in Westthrakien nicht mit der Friedfertigkeit und Toleranz vereinbar, die den monotheistischen Religionen zu eigen ist. Frau Prof. Dr. Boehme sicherte zu, sie werde sich bei zukünftigen Diskussionsanlässen dafür einsetzen, dass die Verletzungen der religiösen Freiheiten in Westthrakien eingestellt werden. Wenn es um den Kampf gegen die Einschränkung der Religionsfreiheit gehe, dürfe kein Unterschied zwischen Muslimen und Christen gemacht werden.

Erdgaspipeline Türkei-Griechenland eröffnet

Erdgaspipeline Türkei-Griechenland eröffnet

Am Sonntag, den 18. November wurde die zwischen der Türkei und Griechenland fertig gestellte Erdgas-Pipeline in Anwesenheit des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, des griechischen Ministerpräsidenten Kostas Karamanlis, des azerbaidschanischen Staatspräsidenten İlham Aliyev sowie einer großen Zahl von Ministern und Staatsbeamten eröffnet. In den Ansprachen während der Eröffnungszeremonie wurde erklärt, dass das Projekt einen bedeutenden Beitrag für die politische Stabilität und die Wirtschaft der gesamten Region darstellt. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan stellte fest, dass der Prozess zunehmender Kooperation zwischen der Türkei und Griechenland auf den Gebieten Wirtschaft, Handel, Verkehr, Energie und Tourismus zu beeindruckenden Ergebnissen geführt habe und dass dieses nun fertig gestellte Projekt eine wichtige Unterstützung für zukünftige gemeinsame Projekte darstelle. Der griechische Ministerpräsident Kostas Karamanlis erklärte, das Projekt sei von großer Bedeutung für die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und für die Stabilität in der Region.

Erdgaslieferungen für Griechenland für die Dauer von 15 Jahren

Der Grundstein für diese Erdgasleitung, die das bisher größ-



te Kooperationsabkommen zwischen beiden Ländern darstellt, wurde vor zwei Jahren gelegt. Die Fertigstellung des Projekts, der ersten Ausbaustufe des „Südeuropäischen Gasrings“, wurde wegen Unstimmigkeiten und aufgrund von Wahlterminen in beiden Ländern bereits drei-mal verschoben. Mit der Realisierung des aus drei Abschnitten bestehenden Pipelineprojekts wird Griechenland für die Dauer von 15 Jahren Erdgas geliefert bekommen, wobei im ersten Jahr eine Jahreslieferung von 250, im zweiten Jahr von 500 und ab dem dritten Jahr von 750 Millionen Kubikmetern Erdgas vereinbart ist. Nach der geplanten Fortführung der Pipeline von Griechenland nach Italien wird aserbaidschanisches Erdgas

nach Italien und Westeuropa geleitet werden können.

Westthrakien wird zu einer Energiebrücke

In einer Presseerklärung zur Inbetriebnahme der Erdgas-Pipeline erklärte der Vorsitzende der ‚Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa‘ (ABTTF) Halit Habipoğlu: „Westthrakien hat sich zu einer Brücke für die nach Europa gelieferte Energie entwickelt: Dieses und künftige Projekte werden zur wirtschaftlichen Entwicklung in Westthrakien beitragen und neue Impulse für Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse der türkischen Minderheit bringen. Es trägt auch große Bedeutung für die Annäherung zwischen Griechen-

land und der Türkei. Wir, die türkische Minderheit, haben uns seit Jahren dafür eingesetzt, dass sich die Beziehungen zwischen unserem Heimatland Griechenland und unserem Mutterland Türkei verbessern. Es erfüllt uns mit außerordentlicher Zufriedenheit, dass unsere Bemühungen jetzt anerkannt und in die Realität umgesetzt werden. Dies wird Vorteile für beide Länder sowie für ihre Minderheiten mit sich bringen. Je mehr sich die Zusammenarbeit vertieft und je mehr gemeinsame Projekte umgesetzt werden, umso mehr werden wir gewinnen,“ erklärte Habipoğlu. Infolge der Eröffnung der Erdgasleitung wird eine Zunahme der Nutzung von Erdgas sowohl in Westthrakien als auch in Griechenland insgesamt erwartet.

Besuch des türkischen Außenministers

Ali Babacan in Griechenland

Besuch des türkischen Außenministers Ali Babacan in Griechenland

Im Rahmen seines Griechenlandbesuchs hielt sich der türkische Außenminister Ali Babacan zunächst zu Gesprächen mit Regierungsvertretern in Athen auf. Anschließend reiste er nach Westthrakien, um sich mit führenden Vertretern der Minderheit in Komotini zu treffen. In Athen hatte Außenminister Babacan mit seiner griechischen Amtskollegin Dora Bakoyanni über Themen der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit konferiert, bevor in einer offiziellen Erklärung ein aus fünf Artikeln bestehendes Paket vertrauensbildender Maßnahmen im Hinblick auf die militärische Kooperation zwischen beiden Ländern im Rahmen der NATO vorgestellt wurden. Im wirtschaftlichen Bereich wurde der Ausbau der Investitionen zwischen beiden Ländern angekündigt. Im anschließenden Gespräch mit dem griechischen Staatspräsidenten Kostas Karamanlis äußerte Babacan seine Erwartung, dass die bilateralen Beziehungen weiter intensiv ausgebaut werden.

Zweite Station Babacans war Komotini

Nach seinem Aufenthalt in Athen reiste Außenminister Babacan weiter nach Komotini, wo er sich mit führenden



Vertretern der Minderheit zu Gesprächen traf. Bei einem Besuch im Celal-Bayar-Lyzeum in Komotini ließ er sich die Probleme des Bildungswesens erklären. Auch dem von der Gemeinde gewählten Mufti von Komotini Ibrahim Şerif stattete er einen Besuch in seinem Amtssitz ab. Unter Ausschluss der Presse konferierte er eine halbe Stunde mit dem Mufti und Vorsitzenden des Konsultativrats Ibrahim Şerif. Anschließend begab er sich mit den mitreisenden türkischen Geschäftsleuten zu einem Meinungsaustausch über Investitionsmöglichkeiten für türkische Geschäftsleute in Westthrakien in die Handelskammer von Komotini. Größte Bedeutung trug allerdings sein Besuch bei der

„Union Türkischer Jugendlicher“ von Komotini, die von den griechischen Behörden geschlossen worden ist. Dieser Besuch, bei dem er mit dem Konsultativrat der Minderheit sprach, wird als Unterstützung Babacans für die verbotenen türkischen Vereine in Griechenland gewertet. Später, bei einer gut besuchten großen Versammlung mit Angehörigen der Minderheit im Hotel „Chris Eve“ in Komotini, äußerte Minister Babacan seine Zuversicht, dass besonders die wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern sich positiv im Wohlstand der Minderheit niederschlagen werde. Um die weiteren Probleme der Minderheit zu beseitigen, müssten die Regelungen

des Lausanner Vertrags vollständig umgesetzt werden. Dies habe er in gleicher Weise auch gegenüber seiner Amtskollegin Bakoyanni geäußert, so Babacan.

In einer Stellungnahme zum Besuch des türkischen Außenministers in Komotini zeigte sich der Vorsitzende der „Föderation der Westthrakien-Türken in Europa“ (ABTTF) Halit Habipoğlu zufrieden über die Zunahme hochrangiger Besuche in Westthrakien: „Der Besuch von Außenminister Babacan in Westthrakien ist für uns sehr erfreulich. Nach uns vor zwei Jahren Ministerpräsident Erdoğan beuchte, sind die Botschaften, die sein Außenminister jetzt an die Minderheit richtete, von großer Bedeutung. Besonders dass er gegenüber Frau Bakoyanni auf der Einhaltung der Lausanner Vertrags bestand und bei der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit Westthrakien in den Vordergrund rückte, wird die Entwicklung unserer Gemeinschaft voranbringen. Besonders erfreulich war sein Besuch in der Handelskammer von Komotini mit türkischen Geschäftsleuten, um türkische Investitionen in unserer Region zu fördern. Wir hoffen, dass diese Schritte einen wichtigen Beitrag zum Fortschritt unserer Minderheit leisten werden,“ so Habipoğlu.

Jüngster Bericht des UN-Menschenrechtsrats veröffentlicht

Jüngster Bericht des UN-Menschenrechtsrats veröffentlicht

Der Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen hat Bericht über seine 6. Sitzung veröffentlicht, die vom 10. bis 28. Dezember 2007 in Genf stattfand. Der Bericht behandelt die weltweiten Bemühungen zur Überwindung von Menschenrechtsverletzungen und enthält die während der Sitzung von der Generalversammlung gefassten Beschlüsse. Interessant am aktuellen Bericht ist, dass hier im Unterschied zu den vorangegangenen Berichten auch die Verletzung religiöser Freiheiten zur Sprache kommt. Im letzten Abschnitt des Berichts, der mit "Verhinderung jeder Art von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund von Religion und Glauben" überschrieben ist, werden die Staaten dazu aufgefordert, die religiösen Freiheiten aller Gruppen und Minderheiten anderen Glaubens durch Gesetze zu garantieren.

Das Thema „religiöse Freiheiten“ nimmt im Bericht breiten Raum ein

Am interessantesten für die türkische Minderheit in Westthrakien ist die im Bericht enthaltene Aufforderung, die Freiheit der religiösen Institutionen anzuerkennen. In seinem Beschluss, der besonders das Thema der



Muftiämter, also eines der wichtigsten Probleme in Westthrakien betrifft, betont der Menschenrechtsrat insbesondere, dass das Recht von Gemeinschaften anderer Religionen und Glaubensrichtungen, ihre religiösen Einrichtungen zu gründen und zu leiten, ein grundlegendes Menschenrecht ist. Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen werden dazu aufgefordert, das Recht anderer Glaubensgemeinschaften auf ungehinderte und eigenständige Verwaltung ihrer religiösen Einrichtungen zu respektieren, und es wird ausdrücklich betont, dass dieses Recht durch nationale Gesetze und Regelungen zu garantieren ist. Eine Einschränkung dieses Rechts religiöser Minderheiten auf Selbstverwaltung sei nicht zu akzeptieren. Vielmehr müssten die Staaten den Minderheiten das Recht auf freie Verwaltung ihrer religiösen Einrichtungen zugestehen.

Angesichts zunehmender Intoleranz gegenüber religiösen Angelegenheiten in den vergangenen Jahren werden die Staaten dazu aufgefordert, möglichst bald die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen zu treffen und Regelungen vorzunehmen.

Zur Aufnahme des Themas der Verletzung religiöser Freiheiten in den Bericht haben nicht zuletzt die gemeinsam mit anderen NGOs bei den Vereinten Nationen unternommenen Initiativen der ABTTF beigetragen. Die ABTTF hatte die Annahme des Antrags zum Thema Menschenrechtsverletzungen in Westthrakien erreicht, den ihr Direktor für akademische Studien Barış Hasan während einer vorangegangenen Sitzung des Menschenrechtsrats eingebracht hatte. In diesem Antrag war die Frage der Muftiämter hervorgehoben worden. In einer Presseerklärung

zur Veröffentlichung des Berichts erklärte der ABTTF-Vorsitzende Halit Habipoğlu: „Wir haben unsere Probleme im Zusammenhang mit den Muftiämtern im Rahmen unserer Initiativen vor den Vereinten Nationen immer wieder angesprochen. Ich gehe daher davon aus, dass wir wesentlich dazu beigetragen haben, dass in dem neuen Bericht an die Staaten appelliert wird, die religiösen Freiheiten zu achten.“

Diese Beschlüsse betreffen unmittelbar auch Griechenland, das der Minderheit die eigenständige Leitung der Muftiämter in Westthrakien verwehrt. Da der türkischen Minderheit in Westthrakien trotz Beschlüssen der Vereinten Nationen und trotz anderer internationaler Abkommen weiterhin Beschränkungen bei der Verwaltung ihrer Muftiämter auferlegt werden, wird erwartet, dass diese Frage nach dem jüngsten Bericht des Menschenrechtsrates bald wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden wird. Der Druck auf Griechenland, das internationale Recht zu achten, wird weiter zunehmen. Man darf daher gespannt sein, ob Griechenland, das im Hinblick auf Minderheitenrechte im Vergleich zur internationalen Staatengemeinschaft in den vergangenen Jahren immer weiter zurückgefallen ist, sich im Jahr 2008 dazu entschließen wird, endlich zu handeln.

Weiter akute Probleme für das Bildungswesen der türkischen Minderheit

Weiter akute Probleme für das Bildungswesen der türkischen Minderheit

Obwohl das Bildungswesen der türkischen Minderheit in Westthrakien nach wie vor mit ernststen Mängeln zu kämpfen hat, zeigt sich wieder einmal, dass der Staat nicht die Absicht hat,



ten. Seit Jahren aber erklären wir, das Schulgebäude des Muzaffer-Salih-oğlu-Lyzeums der Minderheit müsse dringend repariert und renoviert werden. Der Staat aber genehmigt Reparaturen und Renovierung nicht. Und jetzt erklärt der verehrte Minister, die Schüler könn-

sich für eine Verbesserung der Bildungssituation der Minderheit ernsthaft einzusetzen. Die Reaktionen auf parlamentarische Anfragen der Abgeordneten für die Wahlkreise Rodopi und ρanthi, Ahmet Hacıoğlu und Çetin Mandacı, an den Bildungsminister sorgen für erneute Diskussionen. In einer Anfrage an Bildungsminister Evripidis Stilianidis hatte der Abgeordnete Hacıoğlu gefragt, warum die Forderung nach zweisprachigen, nämlich in türkischer und griechischer Sprache unterrichtenden Grundschulen für die Minderheit bisher nicht in Betracht gezogen worden sei und warum bei der Einstellung von Lehrern für den Grundschulunterricht verlangt werde, dass sie Absolventen griechischer Universitäten sein müssen. Auf eine frühere Anfrage des Abgeordneten Hacıoğlu hatte Bildungsminister Evripidis Stilianidis angekündigt,

dass für die Minderheit multikulturelle Grundschulen aufgebaut würden. In den Köpfen der Türken in Westthrakien hinterließ die Ankündigung jedoch mehr offene Fragen als Antworten.

Anmeldungen ans Muzaffer-Salih-oğlu-Lyzeum der Minderheit in ρanthi nicht bearbeitet

Unterdessen hat der Abgeordnete Çetin Mandacı mit einer parlamentarischen Anfrage die Situation der türkischen Schüler des Muzaffer-Salih-oğlu-Lyzeums der Minderheit in ρanthi auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt. Hier wurden Anmeldungen von Schülern vorsätzlich nicht bearbeitet. In seiner Antwort verteidigte der Bildungsminister diese Maßnahme mit dem Verweis darauf, dass sich laut Gesetz nicht mehr als 30 Schüler in einer Klasse befinden dürften

und die Gegebenheiten am Muzaffer-Salih-oğlu-Lyzeum nicht geeignet seien, um zusätzliche Klassen einzurichten.

In einer Stellungnahme zu diesen Entwicklungen erklärte der Vorsitzende der ‚Föderation der Westthrakien-Türken in Europa‘ (ABTTF) Halit Habipoğlu, die Antworten auf die parlamentarischen Anfragen belegten erneut, mit welcher schwerwiegenden Problemen das Bildungswesen der türkischen Minderheit in Westthrakien zu kämpfen habe. Er kommentierte den Aufnahmestopp am Muzaffer-Salih-oğlu-Lyzeum mit den Worten: „Der Bildungsminister begründet die Tatsache, dass keine weiteren türkischen Schüler an der Schule eingeschrieben werden, damit, dass an der Schule keine Möglichkeiten bestünden, zusätzliche Klassen einzurich-

ten nicht aufgenommen werden, weil die Voraussetzungen fehlten? Was sind das für Widersprüche? Als Antwort auf unsere Forderung nach zweisprachigen Grundschulen schließlich redet man von „multikulturellen“ Schulen und betreibt dabei doch nur die künstliche Spaltung unserer Minderheit. An den Grundschulen werden nur Lehrer eingestellt, die griechische Universitäten abgeschlossen haben. In welchem demokratischen Land gibt es solche Bedingungen? Das Ziel solcher Klauseln ist es, Grundschullehrern, die in der Türkei studiert haben, die Arbeit an den Grundschulen der Minderheit zu verwehren. Ich fordere die Verantwortlichen auf, in dieser Angelegenheit auf richtige Maßnahmen einzuleiten und sich dafür einzusetzen, dass das Bildungswesen der Minderheit wieder im Sinne der Betroffenen verbessert wird.

Widersprüchliche Menschenrechtspositionen griechischer Politiker

Widersprüchliche Menschenrechtspositionen griechischer Politiker

In einer parlamentarischen Anfrage hat Antonis Trakatellis, einer der Abgeordneten Griechenlands im Europäischen Parlament, behauptet, dass die Türkei die Rechte des griechisch-orthodoxen Patriarchats in Istanbul verletze, und die Europäische Kommission beschuldigt, die Türkei diesbezüglich nicht zu warnen. In seinem Antrag fragte Trakatellis an, ob die Kommission erwäge, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei so lange zu stoppen, bis die Türkei garantiere, die Grundrechte und -freiheiten zu respektieren. Diese Anfrage des griechischen Abgeordneten zeigt einmal mehr, wie sehr griechische Politiker mit Blick auf die Rechte der türkischen Minderheit in Westthrakien in Widersprüche verstrickt sind. Der trotz ernster Verletzungen der Grundrechte und -freiheiten in Griechenland von dem griechischen Abgeordneten eingebrachte Antrag, die Verhandlungen mit einem EU-Beitrittskandidaten zu stoppen, während die Probleme in seinem eigenen Land einfach ignoriert werden, kann daher nicht als seriös angesehen werden.

Obwohl Griechenland inzwischen seit 1981 Mitglied der Europäischen Gemeinschaften ist, gibt es im Land bei der Wahrung der Grundrechte und -freiheiten immer noch erhebliche Versäumnis-



se. Obwohl die türkische Minderheit in Westthrakien laut den internationalen Abkommen das Recht hat, ihre geistlichen Führer selbst zu wählen, erkennt Griechenland die in Westthrakien gewählten Muftis nicht an und beharrt darauf, dass vom Staat bestellte Muftis dieses Amt versehen. Auch die türkische Identität der Minderheit in Westthrakien wird nicht anerkannt. So hat Griechenland in den 1980'er Jahren alle Vereine offiziell verboten, die im Namen die Bezeichnung „türkisch“ führen. Während der juristische Kampf der betroffenen Vereine vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte weitergeht, gehen die

griechischen Behörden seit einigen Jahren noch einen Schritt weiter und verbieten auch die Aktivitäten aller Vereine, die im Namen die Bezeichnung „Minderheit“ führen. Angesichts solch offensichtlicher Rechtsverstöße im Land ist es fragwürdig, wenn ein griechischer Abgeordneter im Europaparlament die Probleme in seinem eigenen Land ignoriert.

Wir fordern unser Land zur Aufrichtigkeit im Hinblick auf Grundrechte und Grundfreiheiten auf

In einer Presseerklärung zur parlamentarischen Anfrage im Europäischen Parlament forderte der Vorsitzende der

„Föderation der Westthrakien-Türken in Europa“ (ABTTF) Halit Habipoğlu die griechischen Politiker auf, zuerst einmal die Rechtsverstöße im eigenen Land zu beachten: „Wenn in Griechenland die von uns gewählten Muftis nicht anerkannt und unsere Vereine geschlossen werden, sollte sich ein griechischer Abgeordneter im Europaparlament erst einmal darum kümmern. Solange die ernstesten Rechtsverstöße in unserem Land auf der Tagesordnung bleiben, zeugen Anfragen im Zusammenhang mit unserem Mutterland, der Türkei, nicht von politischer Aufrichtigkeit,“ so Habipoğlu. Als Vertreter der türkischen Minderheit in Westthrakien trete die ABTTF für die Anerkennung und Wahrung der Grundrechte und -freiheiten in allen Ländern ein. „Es ist allerdings nicht zu akzeptieren, dass unser Land Griechenland, obwohl es seit 26 Jahren Mitglied der Europäischen Gemeinschaft ist, keinen Schritt zur Lösung der von uns vielfach aufgezeigten Probleme unternommen hat, sondern diese ignoriert und ein anderes Land im Hinblick auf Grundrechte und Grundfreiheiten beschuldigt. Wir sollten uns zuerst einmal darum kümmern, dass die Probleme im eigenen Land gelöst werden,“ erklärte Habipoğlu. Die Veröffentlichung der Antwort der Europäischen Kommission auf die Anfrage des Abgeordneten Trakatellis wird für die kommenden Tage erwartet.



Hochwasser in Westthrakien

Hochwasser in Westthrakien

Nach starken Niederschlägen wurde Westthrakien im November von Überschwemmungen heimgesucht, die das Leben in der Region stark beeinträchtigten. Flüsse und Bäche traten nach anhaltenden Regenfällen über die Ufer und überschwemmten Häuser in niedrig gelegenen Dörfern der Region. Nach starken Regenfällen am Sonntag, den 18. November, waren 14 Dörfer von der Flutkatastrophe besonders hart betroffen. Viele Ladenlokale mussten aufgegeben und Bewohner aus ihren Häusern evakuiert werden.

Die Regierung hatte, als die Niederschläge zu Überflutungen führten, über Westthrakien den Ausnahmezustand verhängt. Die Armee verlegte Fahrzeuge zur Personenrettung in die Region, um den Flutopfern zu helfen. Die Evakuierungen mussten über lange Zeit fortgesetzt werden, das Dorf Melikli in der Nähe von Komotini wurde vollständig evakuiert. Von den starken Regen-



fällen war außer Westthrakien auch der Peloponnes im Süden des Landes betroffen, wo es ebenfalls zu Überschwemmungen kam. Auch hier wurden Armeeeinheiten zu Rettungsmaßnahmen und Evakuierungen eingesetzt.

Die zweite Naturkatastrophe in Griechenland in diesem Jahr

Nachdem Griechenland im Sommer dieses Jahres bereits von verheerenden Waldbränden heimgesucht worden war, trifft die nun auftretende Flutkatastrophe das Land besonders hart. Angesichts der fort-

gesetzten Wiederaufbaumaßnahmen nach den Bränden stellen die Flutschäden eine weitere Belastung dar. Außer Wohnungen, Läden und Arbeitsplätzen sind auch Äcker und Wiesen von den Überflutungen betroffen, was besonders in Westthrakien für den Lebensunterhalt der Bevölkerung auf längere Sicht schwerwiegende Folgen haben wird.

In einer Stellungnahme zur Flutkatastrophe in Westthrakien bezeichnete der Vorsitzende der ‚Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa‘ (ABTTF) Halit

Habipoğlu die Fluten als schweren sozialen und wirtschaftlichen Schaden für die Region. „Besonders unseren Volksgenossen in Westthrakien wünschen wir, dass sie die Folgen der Überschwemmungen möglichst bald überwunden haben werden. Leider ist unsere Heimatregion stark betroffen. Die türkische Minderheit, die ohnehin wirtschaftlich schwach ist, wird durch Evakuierung und ökonomischen Schaden besonders stark getroffen. Wir hoffen, dass der türkischen Minderheit, die überwiegend von der Landwirtschaft lebt, finanzielle Hilfen zur Kompensation der Flurschäden zugesprochen werden,“ so Habipoğlu. Auch müsse der Staat im Kampf gegen die Folgen solcher Naturkatastrophen konkrete Vorsorgemaßnahmen einleiten. Nur ein besserer Hochwasserschutz und ein schnellerer Einsatz technischer Hilfsmaßnahmen könnten gewährleisten, dass in Zukunft der Schaden für die Bevölkerung auf ein Minimum begrenzt bleibe.

ABTTF NEWSLETTER

Für Abonnement
und weitere Informationen
wenden Sie sich an unsere Internetseite
www.abtff.org

oder an die Telefonnummer
0049 23 02 91 32 91

ABTTF Newsletter

Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu
Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
Federation of Western Thrace Turks in Europe
Ευρωπαϊκή Ομοσπονδία Τούρκων Δυτικής Θράκης

Bankverbindung: Stadtparkasse Witten
Konto Nr.: 37598, BLZ 452 500 35
Kuruluş/Gegr. 28.02.1988, VR 1954, Giessen

Editör: Caner Habipoğlu

ABTTF
Johannisstraße 50, 58452 Witten
Tel.: +49.2302.913291
Fax: +49.2302.913293
E-mail: info@abtff.org
www.abtff.org